



Zeit für Pflege

Unterstützen Sie unsere Petition!

Seite 12



Wohnen in Kapfenberg.
Interview mit dem
KPÖ Bezirkssekretär
Sebastian Pichler
Seite 6.



Besonders betroffen: Frauen
und Kinder - KPÖ-Landtagsab-
geordneter Alex Melinz deckt
auf, wen die Kürzungen der
Landesregierung am meisten
treffen. Seite 8-9.



ZITIERT

70 Jahre nach dem Beginn des europäischen Projekts sind alle Hoffnungen auf einen AUFBRUCH – in bessere, gerechtere, demokratischere, transparentere, bürgerzugewandte, gemeinwohlorientierte und friedliche Zeiten – rückstandslos verflungen. EU-Parlamentarier Martin Sonneborn.

„Österreich war nie politisch neutral. Nie.“ Neos-Chefin Beate Meinel-Reisinger kann es mit der Abschaffung der Neutralität nicht schnell genug gehen.

„Dies ist die Stunde Europas, und wir müssen ihr gerecht werden. Wir befinden uns in einer Ära der Aufrüstung, und Europa ist bereit, seine Verteidigungsausgaben massiv zu erhöhen.“ EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

„Und wir sollten uns mehr auf friedliche Lösungen konzentrieren, auf Diplomatie statt auf Lösungen mit militärischem Charakter.“

Der slowakische Premierminister Robert Fico hält dagegen.

„Das trifft sich heute wirklich gut, Ich hab grad meine Prügelwut, Schau her – die Arme recke ich, Den Feind zu Boden strecke ich, Hurra, hurra! Jetzt gehts in Krieg, Der Kasper saust von Sieg zu Sieg.“

Die Kriegspropaganda macht nicht einmal vor dem Kasperltheater halt, zeigt ein Beispiel aus 1918

KLEIN, aber MIT BISS



Der neue Papst setzt sich für Frieden ein. Vermutlich kommunistische Propaganda?

Massive Kürzungen

FP und ÖVP-Landesregierung „spart“ auf dem Rücken der

Mit dem Landesbudget 2025 bereiten ÖVP und FPÖ massive Kürzungen in den kommenden Jahren vor. KPÖ stemmt sich gegen Verschlechterungen für die Bevölkerung.

Steirische Volksstimme: Die blau-schwarze Landesregierung hat im Juni dieses Jahres ihr erstes Budget vorgelegt. Was lässt sich daraus ablesen?

Alexander Melinz: Die Landesregierung will massiv einsparen – das bedeutet nichts anderes als

grobe Kürzungen zulasten der Menschen in der Steiermark. Es werden Leistungen wegfallen. Dabei geht es nicht nur um Unterstützungen, sondern um Straßensanierungen und Öffentlichen Verkehr, den Wohnbau, Kulturveranstaltungen oder die Gesundheitsversorgung. Mit diesem Budget leiten FPÖ und ÖVP einen Kahlschlag ein, der im kommenden Jahr fortgesetzt wird.

Stichwort Gesundheitsversorgung: Hier haben sich ja viele Menschen einen Kurswechsel durch einen blauen Landeshauptmann gewünscht...

Alexander Melinz: Laut Budget sollen auch heuer Krankenhausbetten wegfallen, auch eine Verringerung der Krankenanstalten kommt dort vor. Ein Antrag der KPÖ, der sich gegen diesen Abbau bei der Gesundheit stellt, wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Weiter gibt es zu wenig Geld für die Ausbildung von Pflegekräften. Es ist offenbar keinerlei Änderung der Gesundheitspolitik durch die neue Landesregierung geplant. Die FPÖ-Wahlversprechen sind schnell verpufft.

Wie sieht es in anderen Bereichen aus? Auch die Teuerung und die Wohnkosten beschäftigen viele Haushalte.

Alexander Melinz: Die Wohnkosten werden von der Regierung ignoriert, wenn nicht sogar verschlimmert. Die jährliche Inflationsanpassung der Wohnunterstützung dürfte 2026 – nach nur einem Jahr – von Landesrat Amesbauer (FPÖ) abgeschafft werden. Damit verlieren die beziehenden Haushalte de facto jedes Jahr Geld, weil Mieten und Betriebskosten stark steigen. Auch Teile der



Alexander Melinz (KPÖ): „Diese Budgetkürzungen bedeuten eine massive Teuerung für die Bevölkerung“

Wohnbauförderung wurden ausgesetzt. Der KPÖ-Vorschlag einer Begrenzung der Strompreise wurde von FPÖ und ÖVP ausgeschlagen.

Wie begründet die Landesregierung diese Kürzungen?

Alexander Melinz: Es stimmt, dass das Land Schulden macht. Während Blau-Schwarz aber sehr kreativ dabei ist, Leistungen für die Steirerinnen und Steirer zu streichen, lassen sie Millionen bei Einnahmen liegen, die nicht die breite Mehrheit belasten würden. Große Unternehmen, die ja auch von der öffentlichen Infrastruktur profitieren, müssten einen fairen Beitrag leisten. Das wäre etwa über eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen möglich, mit der man den Öffentlichen Verkehr ausbauen könnte. Über eine Schottersteuer für den Abbau von Ressourcen oder über eine LKW-Maut. Dort lässt die

ngen

Bevölkerung



*Budgetpläne werden die Auswirkungen
schwerer nicht abfedern."*

Regierung über 160 Millionen liegen. Das ist Klientelpolitik für die Superreichen und die Wirtschaft, die die Leute dann ausbaden müssen. Die ungleiche Verteilung von Vermögen in Österreich wirkt sich auch negativ auf die Steiermark aus – Stichwort Finanzausgleich.

Schon im Herbst wird das nächste Budget präsentiert. Was ist davon zu erwarten?

Alexander Melinz: VP-Finanzlandesrat Ehrenhöfer will dann noch einmal 300 Millionen runterreißen. Es muss allen klar sein: Das geht nur mit massiven Einschnitten für fast alle Menschen in der Steiermark. Die KPÖ wird sich gemeinsam mit den Leuten gegen diese Kürzungen stellen. Es kann nicht sein, dass wir weiter Infrastruktur abbauen, Regionen aussterben lassen, bei der Gesundheit abbauen und immer mehr unseres Einkommens für Wohnen und Energie ausgeben müssen.

STEIRISCHE Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Jakob Matscheko. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108. Fotos: KPÖ, Adobe Stock, Unsplash.

E-Mail: jakob.matscheko@kpoe-steiermark.at

Offenlegung: Die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des Sozialsystems und gegen Privatisierung von Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



FRIEDEN
und Neutralität!



Mieterberatung

Interview mit KPÖ-Sekretär

Kapfenberger Volksstimme: Die Landesregierung aus FPÖ und ÖVP hat die Sozialunterstützung reformiert. Die KPÖ hatte kritisiert, dass es dadurch für viele Steirerinnen und Steirer zu Verschlechterungen kommt.

Sebastian Pichler: Ja, das merke ich bei unserer Mieter- und Sozialberatung. Gerade für alleinerziehende mit mehreren Kindern, Mindestpensionist:innen oder chronisch kranke Menschen bedeutet der Verlust von beispielsweise 100 Euro im Monat einen herben Einschnitt. Gerade die Kürzung der Wohnkostenpauschale trifft hart, weil die Wohnungen ja gleichzeitig immer teurer werden.

Wie kann die KPÖ hier konkret helfen?

Ich möchte Ihnen versichern, dass die Türen der KPÖ auch in schwierigen Zeiten für alle offenstehen, die Rat und Hilfe brauchen. Erst unlängst konnte ich vermitteln, dass eine Familie aus einer vollkommen verschimmelten Wohnung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist ausziehen konnte. Für solche Fälle ist es aber auch unabdingbar, dass ausreichend sanierte und leistbare Wohnungen zur Verfügung stehen.

Wie sieht hier die Lage im Bezirk aus?

Der sogenannte freie Markt hat in den letzten Jahrzehnten leider vielfach an den wirklichen Bedürfnissen der Menschen vorbei-

Wie die KPÖ mit den politischen Einkommen umgeht

Tag der offenen Konten der KPÖ

12.000 Euro für 100 Menschen in Notlagen: Dafür wurden die Polit-Bezüge der KPÖ-Mandatar:innen 2025 im Bezirk Bruck-Mürzzuschlag ausgegeben.

in Bruck an der Mur **Jürgen Klösch**, KPÖ-Gemeinderat in Mürzzuschlag **Franz Rosenblattl**, KPÖ-Bezirkssekretär **Mario Zver** sowie KPÖ-Sprecher für Kapfenberg **Sebastian Pichler** darüber berichtet, wie viel Geld im abgelaufenen Jahr

Menschen im Mürztal zugutegekommen sind und für welche dringenden Ausgaben die Mittel benötigt wurden.

Gelebte Solidarität: Hilfe, die ankommt

„Wir halten bis heute am Modell der Gehaltsobergrenze fest,

weil wir keine Politik im Sinne großer Konzerne und Finanzinteressen betreiben. Denn wer sich mit seinem Einkommen weit von der Mehrheit der Bevölkerung entfernt, verliert zwangsläufig den Blick für die wirklichen Probleme der Menschen. So konnten

Die KPÖ legt einmal im Jahr Rechenschaft über die Verwendung ihrer Polit-Bezüge ab. Denn seit 1998, als Ernest Kaltenegger zum ersten Mal in die Grazer Stadtregierung einzog, behalten sich KPÖ-Mandatar:innen nur einen Teil ihrer Gehälter und helfen mit dem Rest in Not geratenen Menschen – so auch im Mürztal. Am „Tag der offenen Konten“ haben KPÖ-Landtagsabgeordneter und Landesvorsitzender **Alexander Melinz**, KPÖ-Gemeinderat



Franz Rosenblattl, Jürgen Klösch, Alexander Melinz, Mario Zver und Sebastian Pichler (v.l.n.r.) beim Tag der offenen Konten im Bezirk Bruck-Mürzzuschlag.

g: Oft reicht ein Anruf

Sebastian Pichler

gebaut. Da zählt nur der Profit für die Investoren. Ich kenne Fälle, wo bei sanierten Wohnungen an die 20 Euro für den Quadratmeter verlangt werden. Dabei ist alles über 6 oder 7 Euro in unserer Region faktisch überteuert. Es braucht Wohnraum, der für kleine und mittlere Einkommen stemmbar ist.

Wie sieht es in Kapfenberg mit den Gemeindewohnungen aus? In Bruck denkt man ja über Privatisierungen nach.

In Kapfenberg wurden die Gemeindewohnungen an die KIG ausgelagert. Diese GmbH ist der Kontrolle des Gemeinderates entzogen, es gelten also private Spielregeln. Noch immer sind viele Gemeindewohnungen relativ günstig, allerdings fehlt es der

KIG an finanziellem Spielraum, um notwendige Sanierungen zu machen. Das ist letztlich eine Abwärtsspirale – entweder werden die Mieterinnen und Mieter über die Instandhaltungsbeiträge abgezockt, oder die Gebäude werden dem Verfall preisgegeben. Ein Verkauf würde daran zunächst nichts ändern.

Was schlägt die KPÖ vor?

Ich habe schon vor einem Jahr angeregt, einen Teil der Stadtwerkegewinne für die Gemeindewohnungen zu verwenden. Davon wollte aber die SPÖ nichts wissen. Außerdem braucht es hier spezielle Förderungen vom Land, auch dazu hat die KPÖ Anträge eingebracht. Leider haben FPÖ und ÖVP kein Herz für Gemeindemieter:innen.

Die Gemeinden stehen finanziell massiv unter Druck. Um gegenzusteuern wurden die Gebühren in Kapfenberg zuletzt wieder erhöht. Was ist davon zu halten?

Zunächst muss man festhalten, dass die Gemeindeabgaben auch zu den Wohnkosten gehören, sie finden sich jährlich in den Betriebskostenabrechnungen. Wenn Kanal, Müll und Wasser teurer werden, trifft das überproportional Familien und Haushalte mit geringem Einkommen. Besonders heftig war die Verteuerung beim Wasser; hier gab es eine Erhöhung von 43,5 Prozent in nur zwei Jahren. Und das von einer SPÖ-Stadtregerung, die im Bund vorgibt, die Teuerung bekämpfen zu wollen. Da fehlt ja jegliche Glaubwürdigkeit!

Gebühren- erhöhungen Kapfenberg

Folgende Gebühren-erhöhungen wurden im Gemeinderat von Kapfenberg beschlossen:

Wasser	+15,0%
Musikschule	+8,4%
Schuljaus	+25,0%
Friedhof	+11,5%



MIETER BERATUNG IN KAPFENBERG

Probleme mit dem Vermieter?
Fragen zu Beihilfen?
Finanzielle Schwierigkeiten?
Wir helfen Ihnen weiter!

Jeden Donnerstag
14–17 Uhr
KPÖ-Heim
(Kapfenberg, Feldgasse 8)

KPÖ
Telefonische Voranmeldung:
0699/17 06 34 39

Ö Mürzthal

wir mit unseren Polit-Bezügen heuer 106 Personen im Bezirk mit 11.940 Euro unterstützen“, fasst KPÖ-Landtagsabgeordneter **Alexander Melinz** zusammen.

Sozialberatungen

Die Gespräche mit den Menschen geben Einblick in die täglichen Sorgen. Denn die Belastungen nehmen spürbar zu. KPÖ-Gemeinderat in Bruck **Jürgen Klösch** erklärt: „Ein großer Teil unseres Geldes fließt in die Unterstützung für den Lebensbedarf: Zuzahlungen zur Miete, Hilfe bei Stromkosten oder auch Lebensmittelgutscheine. Wichtig wäre es, dass soziale Leistungen der Kommunen nicht nur abgesichert, sondern ausgebaut werden.“

„Neben der finanziellen Unterstützung ist vor allem Be-

ratung zentraler Teil unserer Arbeit. Viele Menschen wissen nicht, welche Leistungen ihnen zustehen – oder scheitern an bürokratischen Hürden. Genau hier versuchen wir anzusetzen und gemeinsam Lösungen zu finden, damit niemand durch das System fällt.“, fügt **Sebastian Pichler**, der Sprecher der KPÖ-Kapfenberg hinzu.

Diese Scham sich frühzeitig Hilfe zu suchen, hat auch KPÖ-Bezirkssekretär **Mario Zver** beobachtet: „Leider kommen viele Menschen erst sehr spät zu uns, oft erst, wenn sie schon drei Monatsmieten im Rückstand sind oder eine Delogierung droht. Je früher wir über Lösungen sprechen, desto besser können wir verhindern, dass sich die Situation weiter zuspitzt.“



Krank gespart

v.l.n.r.: Christopher Froech, Claudia Klimt-Weithaler, Sebastian Pichler, Martin Rümmele und Jürgen Klösch.

Der Gesundheitsexperte Martin Rümmele erläuterte im Franz-Bair-Heim der KPÖ die Hintergründe und Problemstellungen im Gesundheitswesen.

Geldverschwendung im Aufsichtsrat

Einen frivolen Umgang mit Steuergeld hat die KPÖ aufgedeckt. In Judenburg, Voitsberg und Trofaiach wurden zeitgleich die Aufsichtsräte der jeweiligen Stadtwerke neu besetzt.

Zudem wurde die Besoldung der Aufsichtsräte neu geregelt. Künftig bekommen die Aufsichtsräte statt einer pauschalen Entschädigungen fixe monatliche Einkommen, welche sich am jeweiligen Bürgermeistergehalt orientieren und somit auch automatisch jedes Jahr erhöht werden. Hintergrund dieser zeitgleichen Beschlüsse ist, dass die Stadtwerke Judenburg an den Stadtwerken von Trofaiach und Voitsberg beteiligt sind. Während die Judenburger Stadt-

werke eine Aktiengesellschaft sind, handelt es sich bei jenen von Voitsberg und Trofaiach um ausgegliederte Gesellschaften, welche vor einigen Jahren teilprivatisiert wurden. Die KPÖ hat damals scharf gegen diese Privatisierungen protestiert und gewarnt. Unter anderem wurde von der KPÖ kritisiert, dass mit dem Teilverkauf Entscheidungen, welche die jeweiligen Gemeinden betreffen, in Wahrheit von der Verwaltung in Judenburg mitbestimmt werden, während der demokratisch gewählte Gemeinderat entmachtet wird.

Pikant: In den Aufsichtsräten sitzen durchwegs hohe Vertreter der Stadtgemeinde, welche ohnehin bereits hohe Gehälter beziehen. Zudem sind Vertreter der Stadtwerke Judenburg AG in allen drei Aufsichtsräten vertreten, welche nun offenbar

überall zusätzliche Bezüge kassieren. Alle drei Städte werden übrigens von der SPÖ regiert. Ob bei der Besetzung der Aufsichtsratsposten also ausschließlich auf Qualifikation und nicht auf das Parteibuch geachtet wurde, lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen.

„Bei jeder Gelegenheit erzählt uns die SPÖ, wir müssten sparen. Kein Geld für die Sanierung der Straßen, kein Geld für soziale Unterstützung, kein Geld für niedrigere Gebühren und Abgaben. Aber wenn es darum geht, Aufsichtsräten mit Parteinähe bzw. Parteibuch die Einkünfte aufzufetten, kennen sie kein Halten mehr. Wir von der KPÖ stellen uns klar gegen diese skandalöse Freunderlwirtschaft der SPÖ!“ so die Voitsberger KPÖ-Gemeinderätin **Sabine Wagner**.

Übrigens: Im KPÖ-geführten Graz gibt es für politische Mandatar:innen und städtische Führungskräfte überhaupt keine Aufsichtsratsvergütung. Es geht eben auch anders!

Helfen statt abkassieren

Die Einkommen in der Politik sind sehr hoch.

Wir von der KPÖ sagen: Abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik und haben deshalb für uns selbst eine Gehaltsobergrenze von 2.600 Euro eingeführt. Der Rest wird verwendet, um Menschen in Notlagen unbürokratisch zu helfen. Bisher kamen so schon über 3,5 Millionen Euro zusammen, mit denen wir über 28.500 Steirerinnen und Steirer unterstützen konnten.

Arbeitslosigkeit steigt weiter an

Laut AMS waren Ende Mai steiermarkweit mehr als 43.000 Personen arbeitslos gemeldet – um 11,5 Prozent mehr als noch im Vorjahresmonat. Diese Zahlen sind alarmierend und verdeutlichen die zunehmend prekäre Entwicklung am Arbeitsmarkt. Besonders gravierend ist die Situation in jenen Regionen, die vom schleichenden Verlust von Industriearbeitsplätzen betroffen sind. Das Land Steiermark ist dringend aufgefordert, arbeitslose Menschen zu unterstützen und eine aktive

Arbeits- und Wirtschaftspolitik durch die öffentliche Hand anzustreben.

Die KPÖ fordert daher einen Kurswechsel: Ein hoher Anteil öffentlichen Eigentums im Industriebereich und eine bewusste Gestaltung der Industriepolitik könnten nicht nur Arbeitsplätze sichern, sondern auch Perspektiven für Menschen und Regionen schaffen. In der Steiermark sind Beteiligungen der öffentlichen Hand an der Stahl- und Fahrzeugindustrie

ebenso denkbar wie die Übernahme von Schlüsselbetrieben in der Holzwirtschaft samt Schaffung einer Kette von Betrieben der Finalproduktion (Pellets, Möbel, Holzhäuser etc.).

„Das Land muss aktiv in diese Prozesse eingreifen, Arbeitsplätze schaffen und die Regionen stärken. Wer keinen Arbeitsplatz hat, muss abgesichert sein und darf nicht auch noch um seine Wohnung, seine Gesundheit oder das tägliche Leben bangen müssen“, sagt KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler**.

Das Leben ist zu teuer!

ÖVP-Finanzlandesrat Willibald Ehrenhöfer hat offen gezeigt, was er von günstigen Strom- und Heizkosten hält. In einem Interview mit einer Tageszeitung hat er ernstlich behauptet, das würde die Leute dazu verleiten, das Licht über Nacht brennen und die Fenster bei Kälte offen zu lassen. Wer so über Menschen denkt, die unter den explodierenden Energiepreisen stöhnen, sollte die Finger von der Politik lassen.



LAbg. Alexander Melinz wurde zum neuen Landesvorsitzenden der KPÖ gewählt. Stellvertretende Vorsitzende ist Miriam Herlicska.

PFLEGE-PETITION

Keine Senkung des Pflege-Schlüssels!

FPÖ und ÖVP wollen den Personalschlüssel in steirischen Pflegeheimen noch weiter senken. Die Folgen wären dramatisch: weniger Zeit, Zuwendung und Sicherheit für die

Bewohner:innen und noch höherer Druck für die Pflegekräfte. Diese drohende Verschlechterung müssen wir gemeinsam verhindern!



WIR FORDERN:

1. Keine Verschlechterung des steirischen Personalschlüssels!
2. Keine Einsparungen und Angebotsreduktion auf dem Rücken der Pflege, der Bewohner:innen und der Angehörigen!
3. Einen Fahrplan bis 2030 zur kontinuierlichen Verbesserung des Personalschlüssels!

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition an den Landtag Steiermark gemäß § 110 Volksrechtsgesetz.

Vor- und Familienname	Geburtstag	Datum der Unterschrift
Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)		Unterschrift

Vor- und Familienname	Geburtstag	Datum der Unterschrift
Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)		Unterschrift

Vor- und Familienname	Geburtstag	Datum der Unterschrift
Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)		Unterschrift

Vor- und Familienname	Geburtstag	Datum der Unterschrift
Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)		Unterschrift

Vor- und Familienname	Geburtstag	Datum der Unterschrift
Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)		Unterschrift



Ausgefüllte Listen bitte per Post an den *Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16, 8010 Graz* schicken oder in Ihrem KPÖ-Büro vor Ort abgeben. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Kontaktinformationen: Telefon: 0316/71 24 79 | E-Mail: pflege@kpoe-steiermark.at | Webseite: www.gute-pflege.at